

Gesehen & gehört

Ruedi Lais soll trotz Krankheit Präsident werden

Die Sozialdemokraten haben den Walliseller Kantonsrat einstimmig fürs Parlamentspräsidium nominiert. Sie erfüllen ihrem Genossen damit einen Herzenswunsch.

Daniel Schneebeli

Bald 21 Kantonsratsjahre hat **Ruedi Lais** auf dem Buckel. Nur die beiden grünen Urgesteine **Gabi Petri** und **Esther Guyer** sind noch länger dabei. Längst hat sich Lais als kompromissloser Debattierer und dossier-sicherer Verkehrs- und Umweltpolitiker einen Namen gemacht. Ein Vielredner ist er nicht, aber wenn er ans Mikrofon tritt, stellen sich den Bürgerlichen die Nackenhaare auf, denn seine Voten sind schonungslos. Nun kann Lais im Alter von 67 Jahren noch einen Karriere-

schritt machen. Die SP hat ihn einstimmig als zweiten Vizepräsidenten des Kantonsrates nominiert. Wird er gewählt und schafft er 2022 die Wiederwahl, wird er in zwei Jahren Präsident des Kantonsrates und damit höchster Zürcher. Damit geht für Lais ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung.

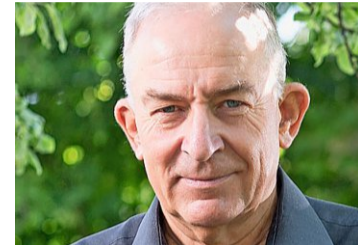
Vor den letzten Wahlen 2019 hatte ihn die Fraktion bereits vornominiert. Seine Gegenkandidatin, **Jacqueline Peter**, schlug Lais damals klar. Dieser Wahlsieg zeigt, wie hoch Lais in seiner Fraktion angesehen ist.

Doch heute ist für ihn nichts mehr so, wie es war. Vor anderthalb Jahren wurde bei ihm Bauchspeicheldrüsenkrebs diagnostiziert, und der leidenschaftliche OL-Läufer musste sich seither einer schweren Operation, Chemotherapien und Bestrahlungen unterziehen.

Seine Krankheit ist im Moment das grösste Fragezeichen bei dieser Kandidatur, auch für ihn selber. Schafft er das? Lais meint dazu: «Ich bin körperlich eingeschränkt. Für die Rathhüsler kann ich nicht mehr an der Sola-Stafette mitlaufen.»

Doch er hat sich mit seinen Ärzten besprochen. Die Antwort war klar: Aus medizinischer Sicht gibt es keine Einwände.

SP-Fraktionschef **Markus Späth** bestätigt, dass der Gesundheitszustand von Lais auch in der SP-Fraktion Thema war. Doch Lais habe auch letztes Jahr voll mitgearbeitet. Seit seiner Operation vor einem Jahr war er mit einer Ausnahme an jeder Ratssitzung dabei. «Bei uns gibts keine Diskriminierung wegen einer Krankheit», sagt Späth. Man habe bei niemandem eine Garantie, dass



Ruedi Lais: Seine Voten sind schonungslos. Foto: Sabina Bobst

er oder sie eine Amtszeit auch beenden könne.

Am Montag ist seine Nomination auch im Kantonsrat offiziell geworden. Die Inter-

fraktionelle Konferenz schlägt dem Kantonsrat ebenfalls einstimmig Ruedi Lais zur Wahl vor. Vor den letzten Wahlen hatte FDP-Präsident **Hans-Jakob Boesch** zu einer möglichen Kandidatur gesagt, was andere nur denken: «So ist Lais drei Jahre lang ruhiggestellt.»

Lais selber erhofft sich nun einen schönen Abschluss seiner Parlamentarierlaufbahn und freut sich, Zürich gegen aussen repräsentieren zu dürfen und nicht mehr nur für seine Partei, sondern auch für den Kanton Reden zu halten.



Pläne für den Untergrund, weils oberirdisch nicht mehr geht: Die Sihltal-Zürich-Uetliberg-Bahn soll ausgebaut werden. Foto: Moritz Hager

Zustimmung für unterirdischen «Spitalexpress»

ÖV-Projekt Ein zweiter Durchgangsbahnhof unter dem Shop-Ville und eine SZU-Metro bis zu den Hochschulen: Diese Vision hat das Kantonsparlament beschäftigt.

Die SZU (Sihltal-Zürich-Uetliberg-Bahn) müsste sich umbenennen. Etwa in Sihltal-Hönggerberg-Bahn oder Uetliberg-Irchel-Bahn. Aber das wäre noch das kleinste Problem. Aufwendiger wäre der Bau von neuen Tunnelröhren, und zwar vom Zürcher Hauptbahnhof unter die Limmat und via Hochschulquartier und Uni Irchel bis zum ETH-Ableger am Hönggerberg.

Diese kühne, aber nicht ganz neue Idee hat Paul Stopper ins Kantonsparlament gebracht mit einer Einzelinitiative, die gestern diskutiert wurde. Der Verkehrsplaner, Ex-LdU-Kantonsrat und heutige Ustermer Gemeinderat wollte mit seinem Vorstoss die Vision der Mini-Metro in Erinnerung rufen und «den SZU-Endbahnhof aufknacken», wie er sagte. Das ergäbe viele Vorteile, zum Beispiel eine Art «Spitalexpress» vom Triemli zum Uni-

spital. Auch könnte man über eine Verlängerung bis nach Regensdorf nachdenken. Stopper räumte ein, dass ein derartiges Vorhaben mehrere Hundert Millionen kostet.

Die hohen Kosten wären zwar ein starkes Argument dagegen, führte Christian Lucek (SVP) aus. Dennoch wollte die SVP der Idee eine Chance geben: «Es lohnt sich, sich darüber Gedanken zu machen.» Auch die FDP hat Sympathien: «Oberirdisch geht nichts mehr», stellte Marc Bourgeois fest. Deshalb müsse man wieder Überlegungen anstellen zu einer unterirdischen «Science-Line», wie sie Bourgeois nannte.

«Ich bin begeistert», sagte Lorenz Schmid (Mitte). «Die Zukunft ist unterirdisch», sagte er und machte Werbung für eine weitere Idee, die er eingebracht hatte: die Lake Side Metro, welche vor allem auch das Spital-Cluster

in der Lengg an der Grenze zu Zollikon erschliessen würde. Dennoch sagte Schmid Nein zu Stoppers Vorstoss. Der Kantonsrat sei der falsche Ort für derartige Visionen. Zudem müsse der Druck von möglichen Profiteuren einer neuen Verbindung kommen, also den Hochschulen.

Bürgerliches Wohlwollen

«Oben bleiben!», entgegnete Felix Hoesch (SP) – und sagte ebenso Nein. Die Partei setze auf Tram und Elektrobuss, erklärte er. Ausserdem gebe es aufgrund des Weinbergtunnels kaum mehr Platz für Verbindungen unterhalb der Limmat.

Stopper gab sich nicht erstaunt über die Haltung der SP, hätten Teile der Partei doch in den 1980er-Jahren die S-Bahn abgelehnt. Die Grünen und die EVP sprachen nicht zum Thema, lehnten die Einzelinitiative Stoppers

aber ebenfalls ab. Anders die AL. Manuel Sahli sprach sich dafür aus, über einen Projektierungskredit zu sprechen.

«Logisch» nannte Thomas Wirth das Ja der GLP. Er hatte zusammen mit der FDP bereits einen ähnlichen Vorstoss eingebracht, der überwiesen worden war. Bourgeois kommentierte, dass es heutzutage offenbar bürgerliche Allianzen brauche, um ein ÖV-Projekt voranzutreiben.

Am Ende stimmten 94 von 180 Parlamentarierinnen und Parlamentarier von SVP, FDP, GLP und AL für die vorläufige Überweisung der Stopper-Initiative. 60 wären dafür nötig gewesen. Nun ist die kantonsrätliche Verkehrskommission am Zug, welche über einen Projektkredit debattieren und dem Plenum einen Antrag vorlegen wird.

Pascal Unternährer

SP verhilft bürgerlichem Vorstoss zum Erfolg

Kantonsrat Der Regierungsrat soll zügig ein Corona-Wirtschaftspaket umsetzen.

Marcel Suter (SVP) und Thomas Vogel (FDP) haben viele Ideen, wie man in diesen schwierigen Zeiten den wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen könnte: Sonntagsverkäufe nachholen, Ladenöffnungszeiten verlängern, Gebühren senken, Erleichterungen für die Gastronomie und Hotellerie, Tourismus und Detailhandel fördern und noch vieles mehr. Das alles packten sie in einen Vorstoss und gaben ihm das Motto «Gastro-Sommer/Herbst 2021». Adressat: der Regierungsrat. Vermerk: dringlich.

«Es braucht Nägel mit Köpfen – und Tempo», doppelte Vogel am Montag im Kantonsrat nach. Auch erwähnte er weitere Steuer-senkungen für die Unternehmen, Massnahmen für die Kultur, weniger Bürokratie und Hilfe für die Kinderbetreuung. Suter räumte ein, dass in seiner Partei nicht alle begeistert seien von mehr Sonntagsverkäufen, doch in der Nach-Corona-Zeit müsse etwas gehen. Deshalb das Massnahmenpaket, das die Mitte «gern unterstützt», wie Ruth Ackermann sagte. Der Preis für das Paket wurde nicht genannt.

Hannah Pfalzgraf (SP) fügte noch ein paar Wünsche dazu wie den ökologischen Umbau der Wirtschaft. Mehr Sonntagsverkäufe nannte sie zwar «Guugus», doch sei die SP bereit, den SVP/FDP-Vorstoss zu überweisen.

GLP, AL und EVP kritisieren

Das sahen andere anders. Beat Monhart (EVP) ortete im Postulat ein ganzes Legislaturprogramm mit dem Ziel, alles zu liberalisieren. Kaspar Bütikofer (AL) nannte es «ein Sammelsurium von Geschwurbel». Die Parteien der Vorstösser hätten besser mitgeholfen, die Geschäftsmieten für Restaurants zu reduzieren, die Kurzarbeitsgelder zu erhöhen oder das Härtefallprogramm nicht zu kürzen, meinte er. Cristina Cortellini (GLP) betitelte das Paket als Administrativmonster.

Angesichts des Widerstands dankten Suter und Vogel explizit der 34-köpfigen SP-Fraktion für die Unterstützung, der Vorstoss kam mit 108:54 Stimmen durch. Der Regierungsrat hat ein Jahr Zeit, einen Bericht zu schreiben.

Pascal Unternährer

Kreis 4 will keine autofreien Strassen im Sommer

Verkehrsberuhigung Während sieben Wochen will das städtische Tiefbauamt im Juli und August fünf Quartierstrassen in den Kreisen 1 bis 5 für den motorisierten Verkehr sperren, um die Strassen für die Bevölkerung nutzbar zu machen. Doch die Aktion stösst auf Widerstand: 54 Anwohner haben im Bereich Ankerstrasse im Kreis 4 beim Stadtrat Einsprache erhoben, weil sie sich «keinen zusätzlichen Betrieb in der Umgebung» wünschen. Unterschrieben hat auch die grüne Alt-Stadträtin Monika Stocker. Sie wohnt in der Nähe der Ankerstrasse. Das Projekt sei gut gemeint, aber falsch eingefädelt, sagt die 73-Jährige. Pikant: Die Grüne Partei in Zürich steht hinter dem Projekt. (mth)

Grosse Mehrheit für Abkehr von den Ölheizungen

Klimaschutz Nach einer weiteren Kurzdebatte hat das Kantonsparlament gestern das neue Energiegesetz mit 121:46 Stimmen gutgeheissen. Das Gesetz gilt als eines der wichtigsten dieser Legislatur. Es soll den Kanton Zürich einen grossen Schritt Richtung netto null CO₂-Ausstoss bringen. Kernpunkt ist der staatlich orchestrierte Ersatz der 120'000 Ölheizungen durch Wärmepumpen und andere ökologische Energiesysteme. Um die FDP und die CVP ins Boot zu holen, hatte Mitte-links im letzten Moment noch Konzessionen gemacht. Am Ende sagten nur noch SVP und EDU Nein. Der Hauseigentümergebund entscheidet am 28. April, ob er das Referendum ergreift. (pu)